



CH-6371 Stans, Postfach

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 23. Januar 2017

**Motion betreffend eine Standesinitiative
zur Sicherung der Landesgrenzen und einer rückführungsorientierten Asylpolitik
Bericht und Antrag der Kommission SJS**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit SJS hat an ihrer Sitzung vom 16. Januar 2017 in Anwesenheit von Justizdirektorin Karin Kayser-Frutschi und dem Motionär Urs Amstad die Motion betreffend eine Standesinitiative zur Sicherung der Landesgrenzen und einer rückführungsorientierten Asylpolitik beraten. Die Kommission erstattet dem Landrat in Nachachtung von § 92 Landratsreglement folgenden Bericht.

1 Ausgangslage

Mit Schreiben vom 13. Mai 2016 hat das Landratsbüro dem Regierungsrat eine Motion von Landrat Urs Amstad, Beckenried, und Mitunterzeichnenden betreffend eine Standesinitiative zur Sicherung der Landesgrenzen und einer rückführungsorientierten Asylpolitik überwiesen. Der Regierungsrat, welcher die Motion an seiner Sitzung vom 27. September 2016 beraten hat (RRB Nr. 656), beantragt dem Landrat, die Motion zu ändern und somit teilweise gutzuheissen.

2 Stellungnahme der Kommission

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder ist der Ansicht, dass die Asylpolitik auch den Kanton Nidwalden stark betrifft. Der Grenzwachkorps sei somit auch seit geraumer Zeit ein Thema. Die Kommissionsmehrheit stellt sich auf den Standpunkt, dass mit der Lancierung einer Standesinitiative ein Zeichen gesetzt und die Diskussion im Bundesparlament angeregt werden kann. Gerade im Hinblick auf die Grenzwachkorps und den Zugkontrollen soll auf Bundesebene gehandelt werden. Mit dem Instrument der Standesinitiative wird dem Gesetzgeber aufgezeigt, dass der Kanton Nidwalden Handlungsbedarf sieht und er tätig werden soll. Auch ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass dieses Instrument durchaus legitim ist, dem Bund die Anliegen und das Sicherheitsbedürfnis des Kantons Nidwalden vorzubringen. Die Kommissionsmehrheit vertritt demnach die Auffassung, dass die angepasste Version des Regierungsrats und folglich deren Ausführungen gutgeheissen werden sollen und folgt der Meinung des Regierungsrats.

Minderheitsantrag: Eine Minderheit der Kommission fordert mittels Minderheitsantrag eine Ablehnung dieser Motion bzw. dieser Standesinitiative. Für die Minderheit der Kommissionsmitglieder ist die Asylsituation ebenfalls ein aktuelles und beschäftigendes Thema. Sie ist jedoch der Meinung, dass der Bund bereits daran ist, Lösungen in dieser Problematik zu suchen. Die Standesinitiative sei für die Kommissionsminderheit nicht das richtige Instrument und Mittel, damit der Gesetzgeber in diesem Bereich wirklich aktiv wird. Viel eher sollen deshalb die eidgenössischen Parlamentarier des Kantons Nidwalden in diese Thematik einbe-

zogen werden. Nach Auffassung der Kommissionsminderheit ist der Weg über die Standesinitiative wenig erfolgsversprechend.

3 Antrag der Kommission SJS

Die Kommission SJS beantragt dem Landrat mit 6:5 Stimmen, die Motion betreffend Standesinitiative zur Sicherung der Landesgrenzen und einer rückführungsorientierten Asylpolitik gemäss Antrag des Regierungsrats teilweise gutzuheissen.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK,
JUSTIZ UND SICHERHEIT

Präsident



Leo Amstutz

Sekretärin



Desirée Inderkum